

# Justizminister Bayrou in Schieflage / Macron hätte eine Chance, ihn nach der Parlamentswahl zu entsorgen

Bisher haben die Wähler darüber scheinbar hinweg gesehen, aber Medien und Justiz lassen nicht locker: vier Mitglieder der neuen Regierung, die erst vor vier Wochen von Macron ernannt wurde, sind bereits in Schieflage geraten ó darunter ausgerechnet Justizminister Francois Bayrou, der eine Reform zur šMoralisierung der Politikō vorgelegt hat.

Europa-Ministerin Marielle de Sarnez und Verteidigungsministerin Sylvie Goulard stehen im Verdacht, sie hätten als EU-Abgeordnete ihre anderwärts eingesetzten Mitarbeiter fälschlicherweise als EU-Parlamentsassistenten eingestuft und aus EU-Mitteln bezahlen lassen. Beide Ministerinnen gehören zu einer kleinen Zentrumsparterie MoDem, die sich mit Macron verbündet hat. Ihr Parteichef Bayrou, obwohl jetzt Justizminister, rief diesbezüglich recherchierende Journalisten an, um ihnen Vorhaltungen zu machen.

Tags darauf rechtfertigte sich Bayrou: er habe bloß von seinem Recht šals Bürgerō Gebrauch gemacht, um seinen šSchock über das Mobbingō gegen Mitarbeiter seiner Partei Ausdruck zu verleihen.

Dieser erstaunliche Eingriff von Bayrou in eigener Sache stieß auf heftige Medienschelte. Seine Position unhaltbar, zumal er als Justizminister diverse Einsichtsmöglichkeiten in die Erhebungen gegen seine eigene Partei hat.

Regierungschef Edouard Philippe schwankte bisher zwischen indirekter Zurechtweisung und einer etwas gekünstelten öffentlichen Unterstützung für Bayrou. Macron hält sich bedeckt. Nach der Wahl könnte Macron bei einer Regierungsumbildung Bayrou entsorgen, er würde damit aber sein Bündnis mit der Zentrumsparterie MoDem gefährden.

Voraussichtlich wird die Partei von Macron, die LRM, alleine, also auch den Abgeordneten des MoDem, über eine bequeme absolute Mandats-Mehrheit verfügen. Die von Macron ernannte Regierung könnte daher auch ohne der Hilfe des MoDem bei Parlamentsabstimmungen auskommen. Trotzdem wäre ein Bruch mit der Zentrumsparterie so kurz nach der Wahl ein negatives Symbol.

Außerdem würde sich in diesem Fall auch die Frage des Verbleibens der Europa-Ministerin De Sarnez und der Verteidigungsministerin Goulard stellen ó und darüber hinaus auch die Zukunft zumindest eines Regierungspolitikers der LRM: derzeit läuft nämlich auch eine Vorerhebung gegen einen der wichtigsten und engsten Vertrauten von Macron, dem vormaligen bretonischen SP-Politiker und jetzigen Minister für Raumplanung, Richard Ferrand. Er steht wegen dubioser Immobilien-Transaktionen während seiner einstigen Amtszeit als Direktor einer genossenschaftlichen Versicherung im Visier der Justiz.